

Rede: „Gedenken an die Opfer des Bombenkriegs im Zweiten Weltkrieg“ Drucksache 15/986

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte geht fast nahtlos von dem vorherigen historischen Gesichtspunkt zu einem anderen über. Ein Kapitel des Koalitionsvertrags dieser Regierung, dessen Kanzler der 15. Deutsche Bundestag gewählt hat, trägt die Überschrift „Moderne Gesellschaftspolitik“. In diesem Kapitel ist der Begriff „Erinnerungskultur“ zwar nicht erfunden, aber wieder aufgebracht worden. Damit verbunden stellen sich zwei Fragen. Zum einen: Wie transportiert unsere Kulturnation Erinnerungen? Zum anderen: Wie lassen sich diese Erinnerungen kulturell gestalten, pflegen und reflexiv verarbeiten?

Wir haben von dem Herrn Kollegen Edathy vorhin zu Recht gehört, dass man Leid nicht aufrechnen soll. Das ist richtig: Man soll Leid weder aufrechnen noch gegenrechnen.

In Deutschland gab es um die Weihnachtszeit eine sehr weit gehende Debatte über das Buch eines Mannes, der eher aus Ihrem Lager kommt. Ich meine den linksliberalen Historiker **Jörg Friedrich**; sein Buch heißt „Der Brand“. Es beschäftigt sich mit den Bombardierungen der deutschen Zivilbevölkerung zwischen 1943 und 1945. In einer Stellungnahme zu diesem Buch und der damit verbundenen Debatte schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ – auch sie ist einer übertriebenen Distanz zum sozialdemokratischen oder rot-grünen Lager

unverdächtig – Folgendes – ich halte das für sehr wichtig –:

(Sebastian Edathy [SPD]: Eine Zeitung der Mitte!)

Ein aufgeklärtes Bewusstsein bedarf keiner halbierten Erinnerung. Die Wahrnehmungssperren der Nachkriegszeit sind längst aufgehoben. Die eigene Täterschaft ist weitgehend im historischen Gedächtnis der Deutschen verankert.

– Das stimmt doch. –

Daher kann die Erinnerung an die eigenen Opfer getrost zurückkehren.

Wer zuerst fragt, wem die Wahrheit nutzen könnte, anstatt festzustellen, welche Aussage wahr und welche falsch ist, hat sich selbst um jede Glaubwürdigkeit gebracht. Der Betreffende hat sich von der Tatsachenprüfung schon verabschiedet, bevor diese überhaupt begonnen hat. Darum geht es.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Begriff **Erinnerungskultur**, Herr Ströbele, wird in diesem Hause heute nicht zum ersten Mal benutzt. Bei diesem Tagesordnungspunkt wird er im Zusammenhang mit der Bombardierung der Zivilbevölkerung in 1 000 Städten und Gemeinden, die im April/Mai 1943 begann, verwendet. Wir schreiben heute Anfang Juni 2003. Es war vor genau 60 Jahren, als es bei den Luftangriffen der Alliierten zur Zeit der Ruhrschlacht zu einem – ich zitiere Herrn Friedrich – „Zivilisationsprung“ kam. Ich zitiere weiter:

In dieser Zeit geriet die Bombardierung zur Massenausrottung.

In dieser Woche, der letzten und der vorletzten Woche vor genau 60 Jahren stieg die Anzahl der Opfer in der so genannten Ruhrschlacht sprunghaft an. Bis dato waren – das war schlimm genug – im Schnitt 500 zivile Opfer pro Tag zu beklagen. Bei der Bombardierung der Stadt Wuppertal-Barmen starben in der Nacht zum 30. Mai 3 500 Menschen. In den folgenden Wochen eskalierte die Situation weiter, bis zum Höhepunkt, der Operation Gomorrha: 12. Juni Düsseldorf: 1 300 Tote; 22. Juni Krefeld: 1 056 Tote; 29. Juni Köln: 4 380 Tote; 28. Juli 1943 Hamburg: 45 000 Tote.

Warum hat **Günter Grass** sein Buch „Im Krebsgang“ einen Tabubruch genannt? Er sagte, dass diese Themen zwar in der Geschichte jeder Familie in Deutschland präsent seien, dass diese Thematik aber in der öffentlichen Wahrnehmung und der damit verbundene Schauder umgangen würde, als ob es eine verrufene Stelle wäre. Die Frage des Ansprechens hat er in seinem Buch in einem einzigen Satz auf den Punkt gebracht. Die Heldin seines Buches, Tulla, redet im Danziger Dialekt auf Paul, der alles über das Schicksal der „Wilhelm Gustloff“ aufschreiben soll, ein: Wie eisig die See gewesen ist und wie die Kinderchen Kopp unter. Das musst Du aufschreiben; das bist Du uns schuldig als glücklich Lebender.

Das ist unsere Schuldigkeit. Unser schöner, glücklicher Streit, den wir in diesem Haus während der Sitzungswochen täglich führen können, ist das eine; aber die historische

Verpflichtung – Herr Kollege, entschuldigen Sie, ich habe Sie bisher nicht gekannt; aber die Darstellung der Erlebnisse Ihrer eigenen Familie und Ihrer Mutter, hat mich berührt – und die Schuldigkeit des Aufschreibens und des Nicht-vergessen-Lassens trägt der ganze Deutsche Bundestag, die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Sebastian Edathy [SPD])

Die **Bundeskulturstiftung** – das entspricht ihrem Auftrag –, zu der sich dieses Haus bekennt, wird in Bereichen tätig werden, in denen die Kulturkompetenzen beim Bund liegen. Das sind beispielsweise der internationale Kulturaustausch, die Hauptstadtkultur und die Erinnerungskultur.

Jeder von Ihnen hat in seiner Abgeordnetenpost jede Woche irgendeine Einladung für einen Erinnerungsmarker der deutschen Geschichte. Ich habe die aus der letzten Woche gesammelt. So bereiten wir im Deutschen Historischen Museum – das finde ich großartig – eine Ausstellung zur Erinnerung an den Besuch des amerikanischen Präsidenten Kennedy vor. Für das Jahr 2004 sind große Ausstellungen in Vorbereitung, weil sich dann zum 90. Mal die Monate Juni, Juli und August 1914 jähren werden. In dieser Zeit begannen in diesem Hause die Debatten, die den Ersten Weltkrieg vorbereiten sollten.

Aber wir dürfen in dieser Erinnerungskultur doch keinen dunklen Fleck lassen, vor allem nicht in dem Bereich, der in jeder Familie – ich zitiere Ihren Wahlhelfer Günter Grass – als „Schauder“ vermerkt ist. Dieser Bereich darf nicht mit einem Tabu belegt werden. Es ist

schlimm genug, dass diese Debatte erst so spät und so spät am Abend und in so schwacher Besetzung als letzter Punkt im Deutschen Bundestag geführt werden kann.

Wir können dieses Thema nicht beiseite tun, weil es der politischen Klasse – möglicherweise sogar querfeldein – unangenehm ist. Das können wir nicht tun. Dem müssten Sie sich gemeinsam widersetzen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)